© Fran[zi]s[ko]Vicencio/Flickr (BY-NC-ND 2.0)

In Südamerika entladen sich gegenwärtig lange gepflegte gesellschaftliche Spannungen.

SEHNSUCHT NACH LINKEN ALTERNATIVEN

In Ecuador, Bolivien und Chile flammen scheinbar überraschend Proteste auf – Erklärungen dafür finden sich in Entwicklungen der letzten Jahre

Aktuell wird über Proteste in Chile, Ecuador und Bolivien berichtet, aber nicht immer werden die Hintergründe und Grundursachen für die Demonstrationen und Revolten ausreichend beleuchtet. Dazu muss ein Blick auf die politischen Entwicklungen der Länder geworfen werden, um soziale Spannungen und strukturelle Reformvorschläge aus der Zivilgesellschaft aufzuzeigen.

Menschen, die mit Kochtöpfen und Löffeln auf die Straße ziehen; junge AktivistInnen, die sich vermummen, Molotow-Cocktails bauen und mit diesen auf die Gewalt von Polizei und Militär reagieren; brennende Barrikaden; Tote. Das sind die Bilder und Nachrichten, die uns seit einigen Wochen aus Chile, Ecuador und Bolivien erreichen. Sie verstören, denn seit mehr als zehn Jahren ging es in diesen Ländern Lateinamerikas eher friedlich zu. Grund genug also, sich mit diesen Ereignissen ausführlicher auseinanderzusetzen, Parallelen und Unterschiede aufzuzeigen und einen Blick in die Zukunft zu wagen.

Rohstoffausbeutung setzt Demokratie unter Druck

Trotz unterschiedlicher Protestanlässe sind die politischen Entwicklungen in Ecuador und Bolivien vergleichbar: In beiden Ländern können sich Mitte-Links-Regierungen seit Anfang der 2000er Jahre im Amt halten. Dafür setzten und setzen die Präsidenten Rafael Correa (2007–2017) und Lenín Moreno (seit 2017) in Ecuador sowie Evo Morales (seit 2006) in Bolivien teilweise auf die Aushebelung der Demokratie. Sie haben zwar Verbesserungen für die arme Bevölkerung angestoßen, diese fußen aber nicht primär auf Umverteilung, sondern auf der Intensivierung der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und dem teilweise rücksichtslosen Ausbau der Infrastruktur. Das führte zu Konflikten mit beziehungsweise unter verschiedenen indigenen Gruppen, die ihre Territorien und Lebensgrundlage gefährdet sehen. Und mit der ländlichen Bevölkerung, die oftmals auf Subsistenzwirtschaft und damit auf ein intaktes Ökosystem angewiesen ist. Im Zentrum der Konflikte stehen Vorhaben wie Wasserstaudämme, Bergbauprojekte oder Erdölforderung, wie zum Beispiel im Yasuní-Nationalpark in Ecuador, in welchem die letzten indigenen Völker in freiwilliger Isolation leben.

Die jüngsten Proteste in Ecuador wurden ausgelöst durch die Streichung staatlicher Subventionen auf Treibstoffe durch Präsident Moreno und damit einhergehende Preiserhöhungen für Benzin und Busfahrten Anfang Oktober. In Bolivien waren es die Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahl vom 20. Oktober, die der amtierende Präsident Morales, trotz gegenteiliger Prognosen, gewann. Sowohl Morales Konkurrent Mesa, aus dem bürgerlichen Lager, als auch große Teile der bolivianischen Bevölkerung warfen der Wahlkommission und Morales eine Fälschung der Wahlergebnisse vor. Die Organisation Amerikanischer Staaten gab zudem bekannt, dass sie Unregelmäßigkeiten beobachtet hätte.

Sowohl in Ecuador, als auch in Bolivien lenkten die Regierungen an-

gesichts der Proteste ein. In Ecuador kündigte Moreno Mitte Oktober die Rücknahme der Treibstoffpreiserhöhungen an und versprach, die Vorsitzenden des indigenen Dachverbandes CONAIE an der Ausarbeitung von Reformen der staatlichen Subventionen zu beteiligen.

In Bolivien stellte ein Bericht der Organisation Amerikanischer Staaten nach der Wahl die Ergebnisse offiziell in Frage, woraufhin Morales Neuwahlen versprach. Zuvor hatte er ein Projekt zur Lithiumförderung am Salar de Uyuni mit einer deutschen Firma aufgekündigt. Bolivianische NGOs hatten das Projekt stark kritisiert, da die Verträge nicht einsehbar waren und die Bevölkerung nicht beteiligt wurde. Es ist gut möglich, dass Morales das Projekt aufkündigte, um den Protesten gegen seine Person ein wenig den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Doch trotz dieser Maßnahme und der Ankündigung von Neuwahlen wuchsen die Proteste weiter an. Einige Polizei- und Militärkräfte schlossen sich an. Am 11. November verkündete Morales seinen Rücktritt und sprach von einem Putsch gegen seine Person. Ein großer Teil des Unmuts gegen Morales besteht aufgrund seiner Kandidatur selbst. Laut Verfassung ist die Anzahl der politischen Mandate auf zwei begrenzt. Morales und seine Partei, Bewegung zum Sozialismus (MAS), klammerten sich aber an die Macht und erzielten ein Urteil vor dem Verfassungsgericht, laut dem Morales sich erneut zur Wahl stellen konnte. Daraufhin wuchs die Kritik auch innerhalb der MAS und unter den Indigenen. Derweil schaffte es die politische Rechte die zivilgesellschaftlichen Proteste gegen Morales erfolgreich für sich zu vereinnahmen.

Ähnliche Auslöser, andere Ursachen

Auch in Chile gibt es seit Anfang Oktober landesweite Proteste. Während der Auslöser, ähnlich wie in Ecuador, ein Anstieg der Strompreise und Preiserhöhungen für die U-Bahn waren, sind die politischen Spannungsfelder Chiles andere. Wenngleich der Abbau natürlicher Rohstoffe auch für Chiles Wirtschaft eine große Rolle spielt, ist das Land sehr viel industrialisierter, die Wirtschaft diversifizierter, die seit 2018 amtierende Regierung von Präsident Sebastián Piñera ist konservativ-neoliberal. Zudem hat Chile die Zeit der Militärdiktatur von 1973 bis 1990 bis heute nicht aufgearbeitet. Die unter Augusto Pinochet 1980 verabschiedete Verfassung ist immer noch in Kraft.

Auch deswegen ließen sich die Menschen nicht mit Piñeras Rücknahme der Strompreiserhöhungen besänftigen, sondern protestierten weiter, anders als in Ecuador, wo sich die Lage wieder entspannt hat. Viele fordern den Rücktritt Piñeras, der die DemonstrantInnen als „mächtigen Feind des Landes“ bezeichnet hat. Piñeras versuchte Sympathien für sich zu gewinnen, indem er Ende Oktober sein gesamtes Kabinett entließ und soziale Reformen ankündigte. Doch vielen ChilenInnen geht es nicht nur um die soziale Ungleichheit und die schwierigen Lebensbedingungen, sondern um das politische System: Die zentrale Forderung ist die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, an der die Zivilgesellschaft beteiligt werden soll, um endlich eine neue Verfassung zu erarbeiten. Mitte November ging Piñera zum Teil auf diese Forderung ein. In einer Verhandlung mit der Opposition einigte er sich darauf, dass nächstes Jahr im April ein Referendum abgehalten werden soll, in welchem die BürgerInnen zu der Verfassung befragt werden und die Ausarbeitung einer neuen Konstitution fordern können sollen.

Erfolg motiviert

Weil die Regierungen Ecuadors, Boliviens und Chiles (teilweise) auf die Forderungen der Proteste eingegangen sind, fühlen sich die Menschen ermutigt, weiter für ihre Ziele zu demonstrieren.

In Ecuador könnten die Proteste schnell wieder aufflammen, sollte die Regierung nicht ausreichend auf die Wünsche der Indigenen und der Zivilgesellschaft bei der Ausarbeitung der Reformen eingehen. Bisher sieht es nicht danach aus: So hat der indigene Dachverband CONAIE Ende Oktober die Gespräche mit Moreno ausgesetzt und der Regierung vorgeworfen, den Verband auszuspionieren. Derweil versucht Moreno im Parlament ein Eilgesetz zu verabschieden, welches weitere neoliberale Reformen vorsieht. Zudem könnten jederzeit Konflikte über Rohstoffprojekte hochkochen. So wurden die Bemühungen nach Demonstrationen und einem Volksbegehren eingestellt, Gold in der Nähe der Stadt Cuenca im südlichen Hochland zu fördern. Anderenorts laufen die Explorationen aber weiter. Auch wird die Erdölförderung im Yasuní-Nationalpark vorangetrieben, obwohl ein Referendum 2018 eine Begrenzung der Förderung beschlossen hat. UmweltschützerInnen kämpfen gegen weitere Förderstandorte in diesem Park, die das Leben der indigenen Völker gefährden würden.

Boliviens Präsident Morales hat durch seine vierte Präsidentschaftskandidatur das Land gespalten. Die politische Linke leidet insgesamt darunter, dass sich Morales an die Macht klammerte. Das von Morales vorangetriebene Entwicklungsmodell, das wie in Ecuador auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen basiert, wird besonders von links kritisiert. All das spielt der politischen Rechten in die Hände. Nach Morales Rücktritt hat die extrem rechte Jeanine Áñez die Präsidentschaft vorrübergehend übernommen. Ihr Kabinett besteht hauptsächlich aus ultrarechten weißen Männern. Jedoch hat die MAS Ende November einem Gesetzentwurf von Áñez zugestimmt, der Neuwahlen und die Ausschließung Evo Morales von diesen vorsieht.

Die anhaltenden Proteste in Chile bieten derweil Potential für eine Stärkung der politischen Linken des Landes. Entscheidend dafür wird sein, dass sich die unterschiedlichen AkteurInnen auf gemeinsame Ziele konzentrieren. Zudem könnte das Land endlich die Zeit der Militärdiktatur aufarbeiten. Dafür müssten sich diejenigen durchsetzen, deren Familien unter Augusto Pinochet verfolgt, gefoltert und tyrannisiert wurden. Ihnen gegenüber stehen starke staatliche und gesellschaftliche Institutionen, die seit Jahren von konservativen Kräften kontrolliert werden. Möglich ist aber auch, dass die demonstrierenden Menschen den Präsidenten noch vor den Referenden nächstes Jahr aus dem Amt jagen.

Katharina Schwirkus

Katharina Schwirkus ist Redakteurin der Tageszeitung „neues deutschland“ und freie Autorin.

4/2019

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

Die Geister, die wir riefen

Chemikalien belasten zunehmend Mensch und Umwelt – Zeit zu handeln!

Seite 2
Neustart für nachhaltiges Chemikalienmanagement? SAICM beyond 2020

Seite 6
Die stille Krise: Unsolides Chemikalienmanagement im globalen Süden

Seite 12
Gift im Kinderzimmer? Chemikalien in Alltagsprodukten

Seite 22
Die Chemie stimmt nicht: Zeit für eine globale stoffpolitische Wende!

ISSN 1864-0982